

Beamte in Sachsen: Höhere Unfallentschädigungen für Hinterbliebene!

Unfallentschädigungen für Beamte steigen: Neue Regelungen zielen auf Gleichstellung, reagieren auf tragischen Einsatz in Lauchhammer.



Lauchhammer, Brandenburg, Deutschland - Am 19. Mai 2025 wurde über eine bevorstehende Reform des Beamtenversorgungsgesetzes berichtet, die sich auf die Unfallentschädigungen für Beamte auswirken soll. Insbesondere sollen die Entschädigungen für Beamte, die bei Dienstunfällen verunglücken, erheblich erhöht werden. Dies umfasst eine Erhöhung von 80.000 Euro auf 150.000 Euro für Beamte, die aufgrund eines Dienstunfalls in den Ruhestand versetzt werden. Witwen und Witwer sollen künftig 100.000 Euro erhalten, statt wie bisher 60.000 Euro. Diese Neuigkeiten folgen im Kontext der Trauer um Maximilian Stoppa, einen Polizisten, der

tragischerweise während eines Einsatzes in Lauchhammer, Brandenburg, ums Leben kam. **MDR** berichtet, dass die geplante Erhöhung der Unfallentschädigungen auch rückwirkend für die Familie des getöteten Polizisten gelten soll.

Ein besonders kritisches Thema bleibt jedoch die Entschädigung von nicht-verheirateten Partnerinnen und Partnern. Diese erhalten weiterhin keinerlei finanzielle Unterstützung. Ein Beispiel hierfür ist die Situation der hinterbliebenen Partnerin von Maximilian Stoppa, die angesichts dieser Regelung leer ausgeht. Silvio Lindemann, ein Anwalt für Arbeitsrecht, äußert rechtliche Herausforderungen für Lebensgefährten, die in solchen Fällen Ansprüche geltend machen möchten. Die politischen Rahmenbedingungen zeigen, dass eine Gleichstellung dieser Lebensmodelle mit der Ehe derzeit nicht gewollt ist. Ronny Wähner, der CDU-Fraktionssprecher, erklärt die Folgen der Eheschließung und unterstützt die Initiative zur Erhöhung der Unfallentschädigung.

Rechtliche Grundlagen der Unfallfürsorge

Die Unfallfürsorge für Beamte ist im Beamtenversorgungsrecht verankert und bietet eine Vielzahl von Leistungen für diejenigen, die im Dienst verletzt werden. Ein Dienstunfall wird als plötzliches, äußeres Ereignis definiert, das während der Ausübung der Dienstpflichten einen Körperschaden verursacht. Dieser Anspruch auf Unfallfürsorge nach §§ 30 ff BeamtVG umfasst unter anderem die Erstattung von Sachschäden, Heilverfahren, Unfallausgleich sowie die Hinterbliebenenversorgung. **Beamten Informationen** hebt hervor, dass Beamte, die aufgrund eines Dienstunfalls in den Ruhestand versetzt werden, Anspruch auf ein erhöhtes Unfallruhegehalt haben, wobei dies wiederum von den Umständen des Dienstunfalls abhängt.

Des Weiteren ist die Unfall-Hinterbliebenenversorgung eine wichtige Leistung, die den Angehörigen eines verstorbenen Beamten zusteht. Beachten muss man in diesem

Zusammenhang, dass die Entschädigungssätze abhängig vom Bundesland variieren können, da unterschiedliche Gesetze zwischen 2004 und 2019 mehrere Leistungsausweitungen miteingeschlossen haben. Zudem umfasst die Unfallfürsorge auch spezielle Bestimmungen für Beamte, die im Ausland verletzt werden, sowie für solche, die während ihrer Dienstzeit an besonderen Risiken ausgesetzt sind

Beamtenversorgungsrecht.

Die Reformen zur Unfallfürsorge könnten eine weitreichende Verbesserung der finanziellen Absicherung von Beamten, die durch Dienstunfälle gesundheitliche Beeinträchtigungen erlitten haben, zur Folge haben. Dazu müssen die entsprechenden Gesetzesentwürfe noch im Landtag abgestimmt werden, und es bleibt abzuwarten, welche weiteren politischen Diskussionen zu diesem Thema geführt werden. Insbesondere die Frage der Gleichstellung von Partnerschaften bleibt ein zentrales Thema in der laufenden Debatte.

Details	
Vorfall	Verkehrsunfall
Ursache	Überfahren
Ort	Lauchhammer, Brandenburg, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.mdr.de• www.beamten-informationen.de• www.beamtenversorgungsrecht.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de